

PRESSEMITTEILUNG

Budapest/Wien/Lüdenscheid, 10. Mai 2024

Hunderte EU-Bürger stellen Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof bzw. bei ihren nationalen Staatsanwaltschaften wegen des EU-Pfizer-Vorabkaufvertrages und seiner Folgen

Auf Initiative der deutschen Bürgerinitiative „GemeinWohl-Lobby hat“ der ungarische Menschenrechtsanwalt Dr. Attila Monostory am 10. Mai im Namen von über 1.500 EU-Bürgern beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen für den Vorabkaufvertrag vom 20. November 2020 zwischen der Europäischen Union und dem Pharmakonzern Pfizer eingereicht. Dies machte heute die Sprecherin der Bürgerinitiative, Marianne Grimmenstein, bekannt.

Beklagt werden demnach zahlreiche Vergehen u.a.

- **Verstöße gegen den Nürnberger Kodex,**
- **Verbrechen gegen die Menschlichkeit,**
- **Verbrechen des Völkermordes.**

Nach Meinung der Kläger haben die kriminellen Inhalte des EU-Pfizer-Vorabkaufvertrages dazu geführt, dass unzählige gravierende gesundheitliche und materielle Schäden entstanden sind. Für diese Schäden übernimmt weder eine Regierung noch eine Institution bis jetzt die Verantwortung.

Der Strafanzeige wurde umfangreiches Beweismaterial beigelegt, das ausschließlich offizielle Dokumente von der WHO und EU-Behörden beinhaltet. Diese Dokumente beweisen nach Meinung der Kläger eindeutig, dass die verantwortlichen Behörden die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schäden von vornherein kannten, die durch die Impfungen entstanden sind. Trotz dieser Kenntnis wurde die Verbreitung und Verabreichung des Impfstoffes von Pfizer in der EU bis heute nicht gestoppt. Vielmehr wird weiterhin verkündet, dass der Impfstoff „sicher und wirksam“ sei und „keine Langzeitnebenwirkungen“ verursache. Inzwischen leiden jedoch immer mehr Menschen unter den verheerenden Folgen dieser „bewussten Täuschung“. Dies ergibt sich eindeutig aus den offiziellen Daten der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und der WHO.

Um diese humanitäre Katastrophe zu begrenzen, fordern die klagenden EU-Bürger den Internationalen Gerichtshof in Den Haag auf, die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen unverzüglich einzuleiten und die weitere Verbreitung des Pfizer-Impfstoffs mit sofortiger Wirkung zu stoppen.

Parallel zu dieser internationalen Strafanzeige wurden nach Mitteilung der GemeinWohl-Lobby zeitgleich am 10. Mai in Deutschland und Österreich ebenfalls Hunderte Strafanzeigen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften gegen die Verantwortlichen in den jeweiligen Ländern wegen ihrer Zustimmung zu dem Vertrag und seiner Umsetzung eingereicht.

Der Internationalen Strafanzeige kann noch für eine kurze Zeit beigetreten werden. Zum Beitrittsformular:

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/Beitritterklaerung-StrafanzeigeDenHaag.pdf>

Über den Anwalt Dr. Attila Monostory, der die internationale Strafanzeige einreicht:

Er ist ein international renommierter Rechtsanwalt und hat Tausende Opfer des internationalen BAUMAG-Skandals vertreten. Er ist ehemaliger Berater des Koppány-Konzerns, Vizepräsident der „De Jure Liga“ und ehemaliger Präsident der Charta der Fremdwährungskreditgeber. Er war der erste Anwalt in Ungarn, der gegen Korruption und für Unbestechlichkeit der Politik und Verwaltung eingetreten ist. Seit 2023 ist er der Präsident der ungarischen Stiftung für Menschenrechte „Society Foundation For Justice“.

Link zu der Strafanzeige:

https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/Strafanzeige-ICC_deutsch.pdf

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2024/05/Strafanzeige-ICC.pdf>

Hinweis:

Auf unserer Webseite <https://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige-icc/> steht Ihnen neben der Strafanzeige beim Internationalen Strafgerichtshof bzw. den nationalen Strafanzeigen auch das dazu gehörende Beweismaterial auf Englisch und Französisch zur Verfügung.

Es beinhaltet die folgenden Dokumente:

1. Vorabkaufvertrag zwischen EU und Pfizer vom 20.11.2020
2. An die WHO gemeldete Nebenwirkungen durch Comirnaty bis zum 27.03.2021
3. Statistik der WHO vom 12.11.2021
4. Gemeldete Nebenwirkungen an die EMA von 19.12.2021 bis 18.06.2022
5. Bericht des Europäischen Rechnungshofes von 2022 (S. 33-34)
6. Stellungnahme der EMA von 18.10.2023
7. EU-Widerruf der Zulassung des Arzneimittels „Vaxzevria“ von AstraZeneca vom 27.03.2024

Kontakt:

Marianne Grimmenstein, kontakt@gemeinwohl-lobby.de

Für die Übermittlung einer Kopie Ihrer Veröffentlichung sind wir dankbar.